

## ZUR PERSON



► Nach dem Angriff von Hooligans auf den sächsischen Grünen-Vorsitzenden **Jürgen Kasek** in einem Regionalzug ermittelt die Bundespolizei wegen versuchter Körperverletzung. Derzeit würden Videoaufzeichnungen aus dem Zug ausgewertet, teilte die Bundespolizei mit. Kasek war nach eigenen Angaben am Sonntag auf dem Rückweg vom grünen Urwahlforum in Erfurt im Bahnhof Naumburg von rechten Anhängern des Fußballklubs Lok Leipzig attackiert und von einer Flasche am Kopf getroffen worden. Eine Gruppe Grünen-Politiker, zu der die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar gehört habe, sei von der Bundespolizei aus dem Zug verwiesen worden. Die Hooligans seien „extrem aggressiv“ gewesen, teilte Kasek mit. Die Polizei habe sich „überfordert“ gezeigt. *afp/Foto: dpa*



► Bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Nicaragua ist der autoritär herrschende Staatschef **Daniel Ortega** (70) mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Das Wahlgang des mittelamerikanischen Landes erklärte den einstigen Guerillero mit 72,5 Prozent der Stimmen zum Sieger. Künftig will er mit seiner Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo regieren. Ortega hatte die Opposition mit juristischen Mitteln ausgeschaltet. Regierungsgegner riefen zum Boykott der Wahl auf. Das Oppositionsbündnis FAD sprach von einer Farce und kündigte an, das Resultat nicht anzuerkennen. *(dpa)*



► Das Amtsgericht Ebersberg hat einen 74-jährigen Rentner wegen Volksverhetzung, Bedrohung und Beleidigung des dunkelhäutigen Expfarrers von Zorneding, **Olivier Ndjimi-Tshiende**, zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Rentner dem aus dem Kongo stammenden katholischen Geistlichen zwischen November 2015 und März 2016 mindestens zwei Schreiben mit ausländerfeindlich motivierten Morddrohungen geschickt hatte. Die rassistische Hetze gegen den Pfarrer von Zorneding bei München hatte bis ins Ausland Wellen geschlagen. Der 67-Jährige trat zurück und forscht nun an der Katholischen Universität in Eichstätt zu Flucht, Vertreibung und Asyl. *(dpa)*

## KONTAKT

AN-Politik-Redaktion  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Tel.: 0241/5101-393  
Fax: 0241/5101-360  
an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

## IMPRESSUM

## Aachener Nachrichten

Überparteilich · Unabhängig  
**Stolberger Nachrichten**, **Eschweiler Nachrichten**, **Dürener Nachrichten**, **Heinsberger Nachrichten**, **Jülicher Nachrichten**, **Eifeler Nachrichten**  
**Herausgeber:** Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, gegründet 1872.  
**Chefredakteur:** Bernd Mathieu.  
**Stellv. Chefredakteure:** Erich Behrendt, Thomas Thelen.  
**Chef vom Dienst:** Amien Idris.  
**Verantwortliche Redakteure:** Georg Müller-Sieczkarek, Anja Clemens-Smicek (Newsdesk), Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Karlo Clever/Freizeitseite), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin).

**Verlag:** Zeitungsverlag Aachen GmbH

**Geschäftsführung:**

Andreas Müller

Postfach 500 110, 52085 Aachen

Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

**Anzeigen:** Jürgen Carduck

**Druck:** Euregio Druck GmbH,

Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2016.

Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden.

Im Abonnement- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezugsausgaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

## Auszubildende bemängeln fehlende Perspektiven

Billige Arbeitskräfte mit vielen Überstunden: Verdi listet „Stimmungskiller“ in vielen Betrieben auf.

**Berlin.** Fast die Hälfte der Auszubildenden und jungen Beschäftigten fühlt sich nach einer Umfrage als billige Arbeitskraft. Annähernd jeder Zweite klagt über Überstunden, körperliche Belastung oder zu viele Arbeitsaufgaben. Das sind Ergebnisse einer Befragung unter 16- bis 27-Jährigen im Auftrag der Gewerkschaft Verdi, die gestern in Berlin vorgestellt wurde.

Neben dem Arbeitsdruck sind der Umfrage zufolge auch fehlende Perspektiven „Stimmungskiller“ bei den jungen Menschen. „Nur jeder Zweite erhält demnach eine Übernahme-garantie nach der Ausbildung.“

„Das ist hochgradig demotivierend und alarmierend zugleich, zumal die Zufriedenheit mit der Qualität der dualen Berufsausbildung grundsätzlich sehr hoch ist“, erklärte Verdi-Chef Frank Bsirske. Anlass der Umfrage ist der Start der bundesweiten Verdi-Aktionswoche „Gute Ausbildung – gute Arbeit“.

Andererseits sind mehr als 80 Prozent der jungen Menschen im Allgemeinen zufrieden mit ihrer Berufsausbildung. Ihr Anteil liegt laut Bsirske in mitbestimmten und tarifgebundenen Betrieben noch höher. Bis zu 87 Prozent fühl-

sich dort durch ihre Berufsausbildung auf die Arbeitswelt gut vorbereitet. Bei Mitgliedern einer Gewerkschaft liege die Zufriedenheitsrate bei 89 Prozent.

## Wenige Firmen tarifgebunden

Bsirske schlussfolgerte daraus: „Da, wo es Betriebs- und Personalräte gibt und wo Gewerkschaften eine gestaltende Rolle haben, werden bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen geschaffen als dort, wo Mitbestimmungsstrukturen und Gewerkschaften fehlen oder sogar behindert wer-

den.“ An die Adresse der Arbeitgeber gerichtet mahnte der Verdi-Chef: „Die Tarifflucht der letzten Jahre sorgt für Unzufriedenheit unter den Beschäftigten, die auch der gute Ruf der Ausbildungsqualität nicht zukleistern kann.“ Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegten: Nur noch 15 Prozent der Betriebe seien in Deutschland tarifgebunden. Bsirske erklärte, wer das Potenzial junger Fachkräfte langfristig halten wolle, müsse bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen schaffen, mit Mitbestimmungsstrukturen und einer Stärkung der Tarifbindung. *(dpa)*

## Klimawandel vor der Haustür

Mücken, Zecken, Hochwasser, Hitzewellen – auch in Nordrhein-Westfalen sind die Folgen der Erderwärmung schon deutlich zu spüren. Das geht aus dem Klimawandelbericht der Landesregierung hervor.

**Düsseldorf.** Nordrhein-Westfalen wird wärmer – mit überwiegend negativen Folgen für Mensch und Umwelt. Dazu zählen: weniger Schneevergütungen, mehr Hitzewellen, Starkregen, Hochwasser und Insektenplagen. Das geht aus dem zweiten Klimawandelbericht des Landesumweltamts (LANUV) hervor, den Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) gestern vorgelegt hat. Eine Auswahl der wichtigsten Trends aus der rund 100 Seiten starken Analyse:

**Temperatur:** Die Jahresmitteltemperaturen sind seit Beginn der Messungen im Jahr 1881 in allen NRW-Regionen und allen Jahreszeiten angestiegen – im Schnitt um 1,4 Grad. 11 der 20 wärmsten Jahre wurden in diesem Jahrhundert erfasst – mit einem Maximum von 11 Grad mittlerer Jahrestemperatur 2014. Das kälteste Jahr war demgegenüber 1888 mit einem Mittelwert von 7,4 Grad Celsius.

**Schnee und Eis:** Die Anzahl der jährlichen Schneetage am Kahlen Asten hat sich zwischen 1955 und 2015 um 25 verringert. Gleichzeitig hat sich die Zahl der jährlichen Eistage, an denen die Tageshöchsttemperatur Null Grad nicht überschreitet, zwischen 1891 und 2015 um fünf Tage reduziert. Hier gibt es aber deutliche regionale Unterschiede: Am Kahlen Asten wurden im Durchschnitt der vergangenen 30 Jahre noch 53 Eistage jährlich gemessen, in anderen Regionen deutlich weniger.

**Schneekanonen:** Die künstlichen Beschneiungsanlagen können aus Sicht des Umweltministers allenfalls noch „eine Brückenfunktion“ einnehmen, sind aber keine Antwort auf den Klimawandel. „Mittel- und langfristig sind andere Perspektiven gefragt“, mahnte er. Schließlich seien die Energiefresser belastend für Natur und Böden. Tourismuswirtschaft und Skiliftbetreiber müssten daher nachhaltige Alternativkonzepte entwickeln.

**Jahreszeiten:** Der Wechsel der Jahreszeiten hat sich verschoben. Der Winter ist heute etwa 12 Tage kürzer als noch vor 30 Jahren und die Haselnuß blüht zehn Tage früher – bei hohem Spätfrostisrisiko.

**Hitze:** Längere Hitzewellen mit tropischen, wenig erholsamen Nächten treten vor allem in städtischen



Frankreichs Umweltministerin Segolène Royal und Tagungsleiter Salaheddine Mezouar eröffneten gestern die Weltklimakonferenz in Marrakesch. Deren Beschlüsse werden auch für NRW Auswirkungen haben. *Foto: dpa*

Ballungsräumen immer häufiger auf. Solche „Hitze-Inseln“ sind bei langjährigen Messungen in Bochum, Bonn und Köln nachgewiesen worden. Darunter leiden vor allem Kleinkinder, kranke und ältere Menschen.

**Insektenplage:** Wer sich über ein wärmeres NRW freut, muss auch Insekten in Kauf nehmen, die die milden Winter überleben. Dazu zählen auch Krankheitsträger wie Zecken, die die gefährliche Borreliose übertragen, oder bestimmte Mücken aus der Familie der Gnit-

zen, die die Blauzungkrankheit eingeschleppt haben.

**Wälder:** Auch die Bäume leiden laut LANUV-Bericht zunehmend unter „Hitzestress“. Neue Krankheiten und Schädlinge setzen ihnen zu – mit enormen Folgen auch für die Holzwirtschaft, die in NRW 180 000 Menschen beschäftigt und 38 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Der Umweltminister empfiehlt Mischwälder mit Baumarten, die mit dem Klimawandel besser zurechtkommen: Statt Fichte lieber Douglasie, Weiß-

tanne, Esskastanie und Roteiche.

**Neobiota:** Der Fachbegriff bezeichnet Tier- und Pflanzenarten, die sich auf Kosten heimischer Arten in Regionen ausbreiten, in denen sie früher nie vorkamen – darunter auch viele wärmeliebende Arten, die teilweise neue Krankheiten mitbringen. Ein Beispiel aus der Pflanzenwelt ist die ursprünglich aus Nordamerika stammende Beifuß-Ambrosie, die sich inzwischen in weiten Teilen Europas ausgebreitet hat. Ihre Pollen zählen zu den stärksten Allergie-Auslösern. Obstbauern macht die aus Asien eingeflogene Kirschessigfliege schwer zu schaffen. Sie verursacht bisweilen totale Ernte-Ausfälle und ist kaum zu bekämpfen.

**Kö-Papageien:** Wenn der Volksmund in Düsseldorf von „Kö-Papageien“ spricht, sind Halsband- oder Alexandersittiche gemeint, die am liebsten auf der feinen Königsallee wohnen. Die subtropischen Tiere haben sich in den vergangenen Jahren zu Tausenden in den Rheinmetropolen niedergelassen. Die Folgen für heimische Vogelarten sind unabsehbar. *(dpa)*

## Zweiwöchige Klimakonferenz in Marrakesch eröffnet

**Mit dem Ziel,** das ambitionierte Pariser Klimaschutzabkommen mit Leben zu füllen, hat gestern in Marrakesch (Marokko) die UN-Klimakonferenz begonnen. Bei der Vorgängerkonferenz hätten die Staaten „alle zusammen möglich gemacht, was als unmöglich galt“, sagte Frankreichs Umweltministerin Ségolène Royal zum Auftakt des Treffens. Zwei Wochen lang beraten Teilnehmer aus mehr als 190 Staaten sowie Wissenschaftler, Unternehmen und

Organisationen über die Umsetzung des Abkommens.

**Die Grünen** fordern mit Blick auf das Marrakesch-Treffen von der Bundesregierung einen ehrgeizigen Klimaschutzplan, um den Ruf Deutschlands als Klimaschutz-Vorreiter zu wahren. Das Gezerre der großen Koalition um den Plan sei ein Trauerspiel, sagte die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Annalena Baerbock. *(afp/dpa)*

## SPD schlägt Punktesystem für Einwanderung vor

Das Konzept der Sozialdemokraten orientiert sich an der kanadischen Praxis. CDU, Grüne und die Linke sehen es kritisch.

**Berlin.** Die SPD strebt ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild an. Wie SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann gestern in Berlin erläuterte, soll das kanadische Punktesystem dazu weiterentwickelt und auf die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarkts zugeschnitten werden. Die Regelung soll nach den Vorstellungen der SPD noch vor der Bundestagswahl 2017 verabschiedet werden. Als Grund nennt die SPD den demografischen Wandel, eine Steuerung der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes sowie die Begrenzung der illegalen Arbeitsmigration. Das Asylrecht soll davon nicht berührt werden. Im ersten Jahr sieht der Vor-

schlag ein Kontingent von 25 000 Einwanderern vor. Die Zahl soll dann jedes Jahr neu festgelegt werden und sich am aktuellen Bedarf und den Zuwanderungszahlen aus anderen EU-Staaten orientieren. Die Punktvergabe erfolgt nach Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnissen, Arbeitsplatzangebot, Lebensalter und nach Integrationsaspekten wie Berufserfahrung oder Verwandtschaft in Deutschland.

Wer ein Jobangebot aus Deutschland hat, erhält dem Vorschlag zufolge ein Visum zunächst für drei Jahre, danach kann es entfristet werden und der Einwanderer kann eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Wer ohne Job kommt, aber hoch qualifiziert ist,



Thomas Oppermann stellte gestern Pläne vor, mit denen die SPD Zuwanderung steuern will. *Foto: dpa*

bekommt ein Visum für ein Jahr. Findet er in der Zeit keinen Job, muss er Deutschland wieder ver-

lassen. Ihre Familien dürfen die Arbeitsmigranten nur mitbringen, wenn sie deren Unterhalt sichern können.

## Lohndumping vermeiden

Bei den Fachkräften soll es nicht nur um Hochschulabsolventen sondern auch um Einwanderer mit anderen Berufsqualifikationen gehen. Die Aufnahme einer Beschäftigung bedürfe dann der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. Sie soll die Arbeitsbedingungen auf Gleichwertigkeit prüfen, um Lohndumping zu vermeiden. Auf eine individuelle Vorkonferenz will die SPD verzichten, sofern die Landesregierungen nicht in Bezirken mit hoher

## Nitratbelastung: EU-Kommission verklagt Berlin

**Luxemburg.** Deutschland muss sich wegen mutmaßlicher Verstöße beim Grundwasserschutz einem Verfahren am Europäischen Gerichtshof (EuGH) stellen. Die EU-Kommission habe Ende vergangenen Monats die im April angekündigte Klageschrift gegen die Bundesrepublik eingereicht, sagte ein EuGH-Sprecher gestern in Luxemburg. Als Hauptursache für die hohen Nitratwerte in Deutschland gelten zu lasche Regeln für den Umgang mit Gülle und Kunstdünger in der Landwirtschaft.

Nach Einschätzung der EU-Kommission hat es die Bundesrepublik seit Jahren versäumt, strengere Maßnahmen gegen die Gewässerunreinigung durch Nitrat zu ergreifen. Die zuletzt im Jahr 2012 übermittelten Zahlen sowie mehrere Berichte deutscher Behörden aus jüngster Zeit zeigten demnach eine wachsende Nitratunreinigung des Grundwassers und der Oberflächengewässer, einschließlich der Ostsee.

Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) verwies auf die geplante Düngeverordnung. „Mein Ziel ist und bleibt es, mit der Düngeverordnung einen Ausgleich zwischen Umweltinteressen und einer praktikablen Lösung für die Landwirte zu schaffen“, teilte Schmidt gestern mit. *(dpa)*

## Junge CDUler wollen schnellere Abschiebungen

**Berlin.** Eine Gruppe jüngerer Unionsabgeordneter dringt auf schärfere Regeln für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. „Zu oft verhindern großzügige ärztliche Atteste, fehlende Papiere oder künstlich auf dem Klageweg verlängerte Asylverfahren die Abschiebung“, sagte CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn gestern nach einem Treffen des Netzwerks „CDU2017“ in Berlin. „Hier geht es um die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats. Und deswegen sollten wir an allen kleinen und großen Stellschrauben drehen, um Hürden zu beseitigen.“

Spahn ist Initiator des seit drei Jahren bestehenden Netzwerks, in dem knapp 80 jüngere Mandatsträger und Funktionäre der CDU aus Bund, Ländern und der EU organisiert sind. *(dpa)*

## Mossul: Irakisches Militär berichtet von Massengrab

**Mossul.** Bei ihrem Vormarsch auf die IS-Hochburg Mossul hat das irakische Militär nach eigenen Angaben rund 100 Enthauptete entdeckt. Das Massengrab sei in Hammam al-Alil, etwa 15 Kilometer südlich von Mossul, gefunden worden. Die Menschen seien erst vor kurzem getötet worden und den Umständen nach Gefangene der Terrormiliz gewesen. Hammam al-Alil war erst am Samstag aus der Herrschaft des IS befreit worden. Seit Beginn der Offensive sind mehr als 34 000 Menschen aus Mossul geflohen, teilte derweil die Internationale Organisation für Migration mit. *(dpa)*

Arbeitslosigkeit daran festhalten wollen.

CDU-Generalsekretär Peter Tauer bezeichnete den Vorstoß der SPD als „noch nicht ganz ausgegoren“. Die Linke lehnte den Vorschlag als „ein Einwanderungsgesetz nach Nützlichkeitskriterien“ ab. Das von der SPD favorisierte Punktesystem sei „neoliberal und im Kern auch rassistisch“, so die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sevim Dagdelen. Der Sprecher für Migrationspolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, sagte: „Der SPD-Vorschlag wirft mehr Fragen auf, als er Antworten gibt.“ Die Regelung mache damit Einwanderung nicht attraktiver, sondern bürokratischer. *(kna)* ► **Kommentar**